

Gemeinde Wartmannsroth



NIEDERSCHRIFT über die öffentliche

Sitzung des Gemeinderats

vom 13. Oktober 2022
im Sitzungssaal

Vorsitz:

Zweiter Bürgermeister Markus Koberstein

Der Vorsitzende erklärt die Sitzung um 19:00 Uhr für eröffnet. Er stellt fest, dass sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen sind und dass Zeit, Ort und Tagesordnung für die öffentliche Sitzung ortsüblich bekanntgemacht worden sind. Die Mehrheit der Mitglieder ist anwesend und stimmberechtigt. Der Gemeinderat ist somit beschlussfähig.

Gremiumsmitglieder:

Tobias Bold
Roland Brönner
Andreas Hänelt
Michael Häusler
Uwe Kaiser
Jochen Koberstein
Dominik Müller
Matthias Schmidt
Clarissa Schneider
Stefan Selbert
Andreas Ullrich

Bemerkung:

Entschuldigt sind

Christina Dollinger
Gabriel Vogt
Florian Atzmüller

Von der Verwaltung anwesend:

Daniel Görke

Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung des öffentlichen Sitzungsprotokolls vom 29.09.2022
2. Vollzug des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes; Widmung der Erweiterung des Straßenzugs "Am Hög" in Wartmannsroth zu einer öffentlichen Straße
3. Ausbau der Ortsdurchfahrt Wartmannsroth
 - 3.1 Information zum Projektablauf
 - 3.2 Nachträge der Fa. Burger
 - 3.3 Ausgestaltung der Bushaltestelle
4. Umsetzung der Anregungen aus dem Workshop Tourismus und Nahversorgung
5. Genehmigung der Zweckvereinbarung zur Einführung einer zentralen Beschaffungsstelle am Landratsamt Bad Kissingen
6. Bericht und Informationen des Ersten Bürgermeisters
7. Verschiedenes

1. Genehmigung des öffentlichen Sitzungsprotokolls vom 29.09.2022

Sachverhalt:

Das Sitzungsprotokoll wurde dem Gemeinderat vorab zur Kenntnis gegeben. Innerhalb der Vier-Tagesfrist kamen keine Einwände der Gemeinderatsmitglieder, sodass das Protokoll bereits veröffentlicht wurde.

Beschluss:

Der Gemeinderat hat Kenntnis vom Inhalt des öffentlichen Sitzungsprotokolls vom 29.09.2022 und genehmigt dieses vollinhaltlich und vorbehaltlos.

Abstimmungsergebnis: 11 : 0

2. Vollzug des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes; Widmung der Erweiterung des Straßenzugs "Am Hög" in Wartmannsroth zu einer öffentlichen Straße

Sachverhalt:

Im Bereich des Bebauungsplans „Hög II“ wurde die Planstraße A fertiggestellt. Die Straße erfüllt technisch und optisch die Merkmale einer Ortsstraße und wird deshalb gemäß Art. 6 BayStrWG wie folgt gewidmet:

Die Straße „Am Hög“ besteht bereits für das Baugebiet „Hög“ und wird für das anliegende Baugebiet „Hög II“ erweitert.

Der Anfangspunkt der Erweiterung ist die nördliche Ecke der Fl.Nr. 921/16 Gemarkung Wartmannsroth. Die Straße verfügt zudem über einen Stich, welcher zu der N/O-Ecke der Fl.Nr. 909/12 Gemarkung Wartmannsroth führt und als Zufahrt zu den Fl.Nrn. 909/12 und 909/13 Gemarkung Wartmannsroth dient. Der Endpunkt der Erweiterung ist die NW-Ecke der Fl.Nr. 909/6 Gemarkung Wartmannsroth.

Die erweiterte Strecke des Straßenzugs „Am Hög“ wird mit einer Länge von 0,237 km gewidmet.

Eine Beschränkung der Widmung erfolgt nicht.

Das Bestandsverzeichnis der öffentlichen Straßen muss ergänzt bzw. erweitert werden.

Beschluss:

Der Gemeinderat von Wartmannsroth widmet hiermit die Erweiterung des Straßenzugs „Am Hög“ Gemarkung Wartmannsroth zu einer öffentlichen Straße.

Abstimmungsergebnis: 11 : 0

3. Ausbau der Ortsdurchfahrt Wartmannsroth

3.1 Information zum Projektablauf

Sachverhalt:

Geschäftsleiter Daniel Görke berichtet vom aktuellen Sachstand bei der Ortsdurchfahrt.

Die Arbeiten gehen gut voran und derzeit tut die Baufirma ihr Bestes, um die Baustelle zu den „Tagen der edlen Brände“ so herzurichten, dass es möglichst wenige Beeinträchtigungen gibt. Derzeit liefen die Asphaltierungsarbeiten und bis Mitte November sollen die ersten beiden Bauabschnitte komplett abgeschlossen werden. Dann könne der Verkehr wieder über die Kreuzung Völkersleier/ Waizenbach fließen. Allerdings sei bei den letzten Baubesprechungen festgestellt worden, dass die nächsten Bauabschnitte nur unter absoluter Vollsperrung realisiert würden. Die Baufirma beklagt sich massiv über die erheblichen Behinderungen bei der Umsetzung der Baumaßnahmen durch den ständigen Durchgangsverkehr. Teilweise würden sogar Absperrungen und Eisenpfähle entfernt, um durch die Baustelle zu fahren. Ein Autofahrer hat dabei bereits einen Wasserschieber abgerissen, ein anderer mit dem Bulldog einen Bagger beschädigt. Jegliche Behinderungen werden von der Baufirma gegenüber der Gemeinde geltend gemacht, was letztlich in Mehrkosten mündet. Eine ausnahmslose Vollsperrung sei daher unumgänglich.

Generell trägt der Geschäftsleiter die Bitte der Baufirma und aller Beteiligten an die Ratsmitglieder weiter, innerhalb der Bevölkerung um mehr Verständnis für die unumgänglichen Behinderungen und Einschränkungen durch die Baumaßnahme zu werben. Schon die zweiwöchige Sperrung der Grüngutsammelstelle habe zu massiven Beschwerden seitens der Bevölkerung geführt, was angesichts der Dimension der Baustelle mehr als unverständlich sei. Man sei bemüht über alle Kanäle zeitnah zu informieren aber dies sei nicht immer möglich. Voraussetzung sei natürlich, dass Bürgerinnen und Bürger auch Zeitung oder Gemeindebote lesen bzw. die Homepage oder die Dorffunk-App nutzen. Für Wartmannsroth sei dies eine Jahrhundertbaustelle, so der Geschäftsleiter weiter. Hier müsse jedem klar sein, dass es ohne Umleitungen nicht geht.

Der nächste Bauabschnitt erstreckt sich von der Einmündung „Zum Kreuz“ bis kurz hinter die Einmündung „Untere Dorfstraße“ beim Anwesen Hauptstraße 14. Dieser Abschnitt soll bis Ende April fertiggestellt werden. Hier seien die Stützmauern, die Bushaltestelle und auch die Neugestaltung der Auffahrt „Am Kirchberg“ inbegriffen. Rathaus, Kindergarten, Kirche, Friedhof und Post seien mit dem Fahrzeug ausschließlich über die westlichen Ortseingänge und die Edwin-Häusler-Straße erreichbar.

3.2 Nachträge der Fa. Burger

Sachverhalt:

Die Nachträge konnten vom Ingenieurbüro bislang nicht geprüft werden. Daher ist eine Behandlung nicht möglich. Der TOP wird zurückgestellt.

3.3 Ausgestaltung der Bushaltestelle

Sachverhalt:

Im Zuge der Straßenplanung ist der neue Buswartebereich geplant worden. Hierfür wurde noch kein Buswartehäuschen ausgesucht / festgelegt. Für die Herstellung etwaiger Fundamente müsste ein Buswartehäuschen geplant / bestellt werden. Dann können diese im Zuge der Ausführung eingebaut werden.

In der Regel wählt die Gemeinde hier ein Standardmodell eines Herstellers aus und stimmt die Auswahl mit dem ÖPNV ab. Möglicherweise können hier auch getrennt von anderen Verfahren rechtzeitig Fördergelder beantragt werden (vom Einzelfall abhängig). Meist wird auch ein einheitliches Modell in allen oder vielen Gemeindeteilen gewählt.

Dem Ingenieurbüro werden dann die Fundamentpläne des Herstellers übergeben. Der Tiefbauer stellt die Fundamente her und spart das Pflaster in diesem Bereich aus. Von der Gemeinde direkt beauftragt, wird das Standardhäuschen als Fertigteil (in mehrere Baugruppen) geliefert und aufgestellt. Sollten die Fundamentpläne bis zur Pflasterung des Gehwegs nicht vorliegen, kann das Fundament natürlich auch nachträglich noch erstellt werden und wieder bei gepflastert werden.

Falls entgegen der Regel ein Unikat erstellt werden soll, muss dieses gesondert nach HOAI als Objektplanung nach Teil 3 Abschnitt 1 Gebäude und Innenräume, z. B. nach Anlage 10 Objektliste Gebäude, Infrastruktur „Wetterschutzhäuser“ o. ä., je nach Anforderung geplant werden (Architektenleistung). Das kommt natürlich in Planung und vor allem auch die bauliche Umsetzung wesentlich teurer.

Das Büro Alka empfiehlt deshalb eine Standardausführung und eine Abstimmung der Gemeinde mit dem KOB/ ÖPNV und ggf. ist auch ein Erfahrungsaustausch mit den umliegenden Gemeinden zielführend. Was hat sich bewährt? Bei anderen Projekten sind dem Büro vor allem die seniorengerechten Anlehnbänke in diesem Zusammenhang in guter Erinnerung.

Für den Gemeinderat sollte es zunächst darum gehen eine grundsätzliche Auswahl zu treffen. Gemäß dieser Auswahl werden dann Angebote eingeholt.

Diskussionsverlauf:

Für Jochen Koberstein ist eine mobile Lösung denkbar. Die Ratsmitglieder verwerfen diesen Gedanken jedoch mehrheitlich, da diese nicht so vandalismussicher seien.

Der Gemeinderat verständigt sich auf Standardausführungen mit drei geschlossenen Seiten und Sitzmöglichkeiten. Das Dach soll dabei nicht in Glas ausgeführt sein, um einen besseren Hitzeschutz zu gewährleisten.

4. Umsetzung der Anregungen aus dem Workshop Tourismus und Nahversorgung

Sachverhalt:

Beim Workshop Tourismus und Nahversorgung wurde am Ende eine Art To-Do-Liste erarbeitet:

1. Vorstellung/Schulung Portal www.regionales-bayern.de für Brennereien, Direktvermarkter u. a.
2. Informationen einholen/Vorstellung z. B. von Tegut in Gemeinderatsitzung

3. Kontaktanzeige im Mitteilungsblatt, Schaukasten Rathaus, Internetplattform/Immobilienbörse o.a.
4. Regelmäßige Treffen mit lokalen und regionalen Akteuren
5. Vereinsvorstände, Kindergärten u. a. anfragen, ob Interesse an rotierender Bewirtung besteht, mit dem Ziel der Entwicklung eines landschaftsarchitektonischen Orts
6. Besichtigung von Orten mit Architekten der LWG (Beratung, Rohentwurf etc.) kostenfrei
7. Gästeführerausbildung für 15-20 Personen bei der LWG (Unterstützung bei Vermarktung durch Arge Franken-Saalestück)
8. Nächster Workshop in ca. einem halben Jahr
9. Prüfung und ggf. Gemeinderatsentscheidung über Aufnahme in den Sternenpark
10. „Genuss und Entschleunigung“ als mögliches Leitbild für Wartmannsroth weiterverfolgen

Bürgermeister Atzmüller bittet den Gemeinderat um Stellungnahme zu den einzelnen Punkten

Diskussionsverlauf:

Der Gemeinderat stellt fest, dass mehr Engagement für den Bereich Tourismus zwar wünschenswert wäre aber für weitere Projekte kein Geld und zu wenig Personal da sei. Dabei sieht man die Gemeinde weiter im Bereich des sanften Tourismus. Großprojekten, die zu hohen Besucherzahlen führen, steht man eher skeptisch gegenüber und lehnt deshalb eine Beratung , wie in Punkt 6 aufgeführt ab.

Zu Punkt 4 wird die Gründung eines Arbeitskreises vorgeschlagen. Zweiter Bürgermeister Koberstein und Andreas Ullrich erklären sich bereit, hier etwas zu initiieren.

Darüber hinaus soll in einer der nächsten Sitzungen das Thema „Sternenpark“ vorgestellt werden und nach einem ersten erfolgreichen Versuch des Gartenbauvereins Schwärzelbach, soll auch anderen Vereinen angeboten werden, die Schutzhütte am Binsrain (Brennerweg) für Bewirtungsangebote nutzen zu können.

5. Genehmigung der Zweckvereinbarung zur Einführung eine zentralen Beschaffungsstelle am Landratsamt Bad Kissingen

Sachverhalt:

Das Vergaberecht wird immer komplexer. Die Kommunen sind den gestiegenen Anforderungen ausgesetzt und haben in den letzten Bürgermeisterdienstbesprechungen ein hohes Interesse an dem Aufbau einer sogenannten Zentralen Beschaffungsstelle i.S.d. § 120 Abs. 4 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) bekundet. Die Kommunen sollen so durch fachliche Spezialisierung des Landkreises entlastet werden.

Eine Zentrale Beschaffungsstelle führt die Vergabeverfahren für die Kommunen durch. Auch im Falle des Beitritts ist die Kommune nicht dazu verpflichtet, jegliche Vergabeverfahren vom Landkreis durchführen zulassen. Die Entscheidungshoheit über Zuschlag bzw. Aufhebung einer Ausschreibung verbleibt wie gewohnt bei der Kommune.

Auch die Gestaltung der Firmenliste wird außer der vergaberechtlich zwingenden Vorgaben nicht durch die Zentrale Beschaffungsstelle beeinflusst. Der Landkreis übernimmt in diesem Rahmen keinerlei Kosten für den Beschaffungsbedarf der Kommunen. Die Kosten für den Betrieb der Zentralen Beschaffungsstelle werden auf die Kommunen in geeigneter Art und Weise kostendeckend umgerechnet. Näheres wird

eine entsprechende Vereinbarung regeln, die Gegenstand eines separaten Beschlusses sein wird.

Finanzielle Auswirkungen:

Die Regierung von Unterfranken hat dem Landkreis Bad Kissingen für den Aufbau der Zentralen Beschaffungsstelle eine Förderung i.H.v. 90.000 € in Aussicht gestellt. Die Kosten für den laufenden Betrieb werden auf die Kommunen kostendeckend umgelegt. Der Landkreis Bad Kissingen muss für die erbrachten Leistungen zudem die gesetzliche Umsatzsteuer erheben. Der Landkreis Bad Kissingen erarbeitet hierzu ein Finanzierungsmodell und bringt dieses in eine der kommenden Bürgermeisterdienstbesprechungen ein.

Beschluss:

Der Gemeinderat von Wartmannsroth beschließt, dass ein Beitritt zu der beim Landratsamt Bad Kissingen angesiedelten Zentralen Beschaffungsstelle i.S.d. § 120 GWB vollzogen wird.

Der Gemeinderat stimmt dem Abschluss der beiliegenden Zweckvereinbarung „Zweckvereinbarung über die Bereitstellung einer zentralen Beschaffungsstelle des Landkreises Bad Kissingen“ zu.

Abstimmungsergebnis: 11 : 0

6. Bericht und Informationen des Ersten Bürgermeisters

Diskussionsverlauf:

Der Lindenplatz in Schwärzelbach wurde vom zweiten Bürgermeister nun abgenommen und kann fortan genutzt werden.

7. Verschiedenes

Sachverhalt:

- Um Sitzungen so effektiv wie möglich zu gestalten, bittet Bürgermeiste Koberstein darum, Schäden, Anfragen bitte gerne auch außerhalb der Sitzung per Email direkt an die Verwaltung zu richten.
- Im Zuge der Neuerstellung von Wappen für Heiligkreuz, Heckmühle und Neuwirthehaus werden auch die übrigen Ortsteilewappen auf ein standardisiertes Farbspektrum angepasst und hochwertige Druckdateien erstellt, die dann auch von Vereinen genutzt werden können.
- Die Gemeindebroschüre ist fertiggestellt und wird in der nächsten Woche ausgeliefert.
- Stefan Selbert weist darauf hin, dass ein Markierungsstein für die Wasserleitung im Bereich des Sportplatzes Wartmannsroth abgebrochen ist.

Um 20:08 Uhr wird die Sitzung geschlossen.

Für die Richtigkeit der Niederschrift

Gemeinde Wartmannsroth

Vorsitzender

Markus Koberstein
Zweiter Bürgermeister

Daniel Görke
Schriftführer